



uni-info

HERAUSGEBER: PRESSE- UND INFORMATIONSTELLE DER UNIVERSITÄT
OLDENBURG · 29 OLDENBURG · POSTFACH 943 · TEL.: 5 1064 · REDAKTION:
GERHARD HARMS (VERANTWORTLICH),
MIT NAMEN GEZEICHNETE ARTIKEL GEBEN DIE PERSÖNLICHE MEINUNG
DES VERFASSERS WIEDER · NACHDRUCK – AUCH NUR AUSZUGSWEISE –
NUR BEI QUELLENANGABE UND NACH RÜCKSPRACHE MIT DER REDAKTION ·
(DER GRÜNDUNGS-AUSSCHUSS, DAS KONZIL UND DER SENAT HABEN
EINSTIMMIG BESCHLOSSEN, DASS DIE UNIVERSITÄT DEN NAMEN
CARL-VON-OSSIETZKY-UNIVERSITÄT FÜHRT).

25. März
9/76

Mittelkürzung für WiHis

Senat für Gegenmaßnahmen

Die durch den Sperrerlaß der neuen niedersächsischen Landesregierung bewirkte faktische Halbierung der Mittel für Tutoren und wissenschaftliche Hilfskräfte ist innerhalb der Hochschule auf verstärkte Abwehr gestoßen. Die Vollversammlung der Tutoren und WiHis hat am 17. März einen zweitägigen Warnstreik für Ende April beschlossen; die GEW-Hochschulgruppe hat die Hochschule zum Widerstand gegen die "Liquidierung des Oldenburger Reformmodells" aufgerufen.

Auch der Senat sah auf seiner gestrigen Sitzung in dieser Maßnahme übereinstimmend eine politische Herausforderung, die schwere Folgen für die Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit der Hochschule habe und gegen die man sich geschlossen zur Wehr setzen müsse. Erste Schritte in Richtung auf ein einheitliches Vorgehen wurden in den – allerdings nicht vorher abgesprochenen – Beschlüssen der Fachbereiche und Zentralen Einrichtungen gesehen; diese wollen (mit Ausnahme von ZETWA und Rechenzentrum) keine halben Verträge mit sechsmonatiger Laufzeit, sondern bis Ende Juni laufende volle Verträge mit den Tutoren und WiHis abschließen und insoweit einer Forderung der Hilfskräfte selbst entsprechen (vgl. dazu die Resolution der Tutoren-VV auf Seite 3, die weitgehend einem vom AstA im Senat eingebrachten und von diesem

angenommenen Antrag entspricht). Einen breiten Raum nahm die Diskussion darüber ein, wie am wirksamsten dieser schwerwiegende Eingriff einer breiten Öffentlichkeit vor Augen geführt werden könne. Herausgestellt wurde die allgemeine Mangelsituation mit ihren erheblichen Auswirkungen auf die Kapazität der Hochschule, die sich durch den Wegfall der Hälfte der Hilfskraftstellen wesentlich zuspitze. So wurde der allgemeine Zusammenhang, in dem diese Maßnahme zu sehen ist und der sich erst jüngst wieder in einem Interview der NWZ mit dem neuen Wissenschaftsminister, Dr. Remmers, (am 20.3.1976) manifestierte, hergestellt.

Die Fachbereiche und Zentralen Einrichtungen wurden aufgefordert, detaillierte Aufstellungen der konkreten Auswirkungen auf den Lehr- und Forschungsbe-

Warnstreik beschlossen

Am 17. März fand eine stark besuchte Vollversammlung der WiHis und Tutoren statt. Als erste Kampfmaßnahme gegen die Halbierung der WiHi/Tutoren-Stellen wurde ein aktiver Warnstreik zu Beginn des Sommersemesters beschlossen, der von den Tutoren und WiHis zur Information und Diskussion mit den betroffenen Studenten in den Projekten bzw. mit den Mitarbeitern der zentralen Einrichtungen genutzt werden soll. Über einen längeren Streik im Sommersemester wurde diskutiert. Diese Diskussion soll auf der Vollversammlung nach dem Warnstreik fortgesetzt werden. Die Universitätsleitung wurde aufgefordert, auf der Senatsitzung am

24.3.76 eindeutig klarzustellen, ob sie bereit ist, sich hinter die Forderungen der WiHis und Tutoren (siehe Resolution) zu stellen, oder ob sie schon bei diesem ersten Teil die Salamtaktik des Ministeriums zum Abbau des Reformmodells zurückweichen will.

Die Vollversammlung richtete eine Kommission ein, die in enger Zusammenarbeit mit ÖTV und GEW den Rechtsstatus von WiHis/Tutoren klären und die Möglichkeit rechtlichen Vorgehens gegen die bisherige Vertragsform (Kettenverträge) sowie gegen die Nichtbezahlung von Sozialversicherungsbeiträgen durch die Universität für Studenten mit ganzen WiHi/Tutoren-Stellen überprüfen soll. hpp

trieb der Hochschule aufzustellen und klarzulegen, was das gerade für eine Reformuniversität wie die Universität Oldenburg im Vergleich zu den anderen niedersächsischen Hochschulen bedeutet – daß etwa das Auslaufen der Verträge im Juni die Betriebspraktika und Erkundungen und damit einen wesentlichen Bestandteil der Ausbildung unmöglich macht. Über diese Folgen soll die Öffentlichkeit in geeigneter Form, z.B. am "Tag der offenen Tür", informiert werden.

Der Senat nahm zustimmend von der Absicht des Rektors Kenntnis, in einem Schreiben dem neuen Minister ausführlich die Mangelsituation der Universität Oldenburg zu schildern. Dieser Brief wird im uni-info veröffentlicht werden. jb

Erneute Anhörung

Wolfgang Müller, wissenschaftlicher Assistent an der Universität Oldenburg, ist in einem an ihn gerichteten Erlaß des Ministeriums für Wissenschaft und Kunst aufgefordert worden, sich am 5.4.1976 einer erneuten Anhörung, diesmal durch das Ministerium in Hannover selbst, zu unterziehen.

Gegen Müller war Anfang Oktober ein Disziplinarverfahren eingeleitet worden, das zu einer ersten öffentlichen Anhörung in der Universität geführt hatte. Der Rektor, Professor Dr. Krüger, hatte das Verfahren jedoch Anfang dieses Jahres, gestützt auf ein Rechtsgutachten der Hochschullehrer Thomas Blanke und Dieter Sterzel, eingestellt.

Auf seiner gestrigen Sitzung beschloß der Senat, das Ministerium aufzufordern, den Mitautor des Rechtsgutachtens, Professor Dr. Dieter Sterzel, sowie den Vorsitzenden des zuständigen Fachbereichs III, Professor Dr. Eberhard Schmidt, zu der Anhörung als Vertreter der Universität zuzulassen. Auf diese Weise sollte zumindest gegenüber der Hochschule die Öffentlichkeit des Verfahrens sichergestellt werden. jb

Zur Lehr- und Studiensituation im FB II

In einer Stellungnahme geht der Fachbereich II auf die Lehr- und Studiensituation im Fachbereich ein. Wir veröffentlichen diesen Bericht im Wortlaut:

1. Aufgaben des FB II

Die Gründung der Universität Oldenburg erfolgte unter der selbstverständlichen Voraussetzung, daß sich die neu zu errichtende Hochschule - unabhängig vom zugrunde liegenden Reformkonzept - hinsichtlich des wissenschaftlichen Anspruchs am nationalen und internationalen Standard zu orientieren habe. Dieser Auffassung entsprach nicht zuletzt die Heranziehung auswärtiger Fachvertreter zu den Berufungskommissionen (in der Regel mit der Hälfte aller Mitglieder). Sachkompetente Aussagen über den angestrebten bzw. bereits erreichten Standard können inneruniversitär nur von den jeweiligen Fachbereichen selbst getroffen werden. Gleichwohl sind der Anspruch und die Aufwendungen zur Erreichung eines solchen Standards innerhalb der gesamten Universität mit gleichem Maß zu messen, wenn die drohende endgültige Aufspaltung der Hochschule in primär forschende (z.B. nat.-wiss.) Fachbereiche auf der einen Seite und nur Lehrer ausbildende Fachbereiche auf der anderen vermieden werden soll.

2. Auswirkungen der Prüfungsordnung

Die allgemeine Prüfungsordnung hat für die Fächer des FB II zusätzliche Belastungen gebracht bzw. bestehende Defizite nochmals verdeutlicht: Einmal müssen die Studierenden fehlende Qualifikationen im Studium nacherwerben. Das gilt für die künstlerisch-praktische Ausbildung und die Fremdsprachen, wo der FB II entsprechende Aufnahmeprüfungen ablehnen muß, weil sie insbesondere die Z-Prüflinge treffen würden. Diese nachzuerwerbenden Qualifikationen werden zusammen mit den im Studium auch sonst zu erwerbenden Kenntnissen und Fertigkeiten durch eigene, zusätzliche Prüfungsteile abgeprüft, nämlich durch die künstlerisch-praktischen Prüfungen und durch den Fremdsprachengebrauch bei Klausur und mündlicher Prüfung.

3. Engpässe im Lehrangebot

Das Ministerium hat entschieden, daß die Studiengänge im FB II, die der Lehrerausbildung dienen, nicht mit Priorität ausgebaut werden, daß dafür aber Engpässe, die durch Sperren und Umwidmen von Stellen (Vergabe von Stellen des FB II an andere Fachbereiche) in einzelnen Fächern auftreten, durch Lehraufträge überwunden werden sollten. Damit wurden die jetzt bestehenden Defizite vom Ministerium ausdrücklich anerkannt. In Erfüllung seines Auftrages hat der FB II insgesamt und durch seine Studienkommissionen in einzelnen (in Übereinstimmung mit der Aufforde-

Eine entsprechende Tendenz zeichnet sich insbesondere an der Situation des Fachbereiches II ab, der sich sowohl als einziger FB der Universität Oldenburg als auch im Unterschied zu vergleichbaren Institutionen des In- und Auslandes zur Zeit völlig auf die Ausbildung von Lehrern beschränken muß.

Für eine zukünftig angemessene Repräsentation der Fachgebiete des FB II ist deshalb die Einrichtung lehramts-unabhängiger (Langzeit-) Studiengänge (MA) dringend erforderlich. Der FBR sieht sich in dieser Auffassung durch entsprechende Analysen und Erwartungen des Ministeriums und des Wissenschaftsrates voll bestätigt und hat erste Schritte in dieser Richtung unternommen.

Die zur angemessenen Erfüllung solcher Aufgaben fehlende Lehrkapazität und Fachkompetenz sind durch Einrichtung entsprechender Stellen (bzw. Besetzung bereits bewilligter Stellen) für die betreffenden Fachgebiete sicherzustellen.

Zum andern sieht die Allgemeine Prüfungsordnung vor, daß alle angehenden Primarstufenlehrer Deutsch oder Mathematik studieren müssen, d.h. daß außer den Studierenden für die Sekundarstufen mit Deutsch als 1. oder 2. Fach mindestens die Hälfte aller angehenden Primarstufenlehrer (nach Vorstellungen des Ministeriums sind das 25 % aller Oldenburger Lehramtsstudenten) Deutsch studieren wird.

Auch hier muß zusammenfassend festgestellt werden, daß dem FB II dazu sowohl die nötige Lehrkapazität als auch z.T. entsprechende Fachvertreter fehlen, wenngleich sie durch die Allgemeine Prüfungsordnung implizit vorausgesetzt werden.

Das Ministerium) versucht, die Defizite durch vermehrte Lehraufträge auszugleichen. So erklären sich die für das Sommersemester 1976 ursprünglich beantragten Lehraufträge im FB II von insgesamt 74 SWS. Dem FB II standen indessen aber nur Haushaltsmittel zur Finanzierung von Lehraufträgen für die 1. Hälfte des WS 76/77 gesichert zur Verfügung, so daß er sich schließlich genötigt sah, für das SS 76 auf weitere Lehraufträge zu verzichten. D.h. aber, daß der FB II seiner gesetzlichen Verpflichtung, bei bereits eingerichteten Studiengängen für die Möglichkeit

eines ordnungsgemäßen Studiums zu sorgen, aus eigenen Mitteln nicht mehr nachkommen kann. Das geht auch aus den Stellungnahmen der einzelnen Studienkommissionen zur Lehr- und Studiensituation klar hervor, die zeigen, daß in für die Fächer konstitutiven Teilen sowohl Lehrkapazität als z. T. auch Fachkompetenz fehlt.

4. Verhältnis Projektstudien zu Fachstudien

Projekt- und Fachstudien müssen in einem sinnvollen und effektiven Verhältnis zueinander stehen. Interdisziplinäres Arbeiten setzt Einzeldisziplinen voraus. Diese Selbstverständlichkeit hat der Wissenschaftsrat bei seinem Besuch im Dezember 1975 besonders betont. Auf das Projektstudium bezogen, bedeutet das für den FB II, daß er von seiner wissenschaftlichen Kompetenz her Projekte nur fachlich initiieren und verantworten kann. Deshalb hat er beschlossen, künftig an Projekten des I. Studienabschnittes, die vorrangig Erziehungs- und Gesellschaftsprobleme behandeln, wohl seine fachlichen Anteile einzubringen, das Hauptgewicht seiner Projektarbeit jedoch im II. Studienabschnitt zu sehen, wo die Projekte vorrangig fachwissenschaftlich und fachdidaktisch akzentuiert sind. Diese Haltung ist auch dadurch gerechtfertigt, daß die FBe I und III schon vom Gründungsausschuß für die EG-Anteile im Lehramtsstudium einen zusätzlichen Stellenpool erhalten haben.

5. Organisation des Lehrangebots Gremienarbeit

Vor allem das arbeitsintensive Projektstudium, aber weitgehend auch die übrigen Veranstaltungen bedürfen eines hohen Maßes an Planung, Organisation und Kooperation. Damit besteht durchaus die Gefahr einer Überbeanspruchung und Überlastung aller Mitwirkenden auf Kosten der inhaltlichen Aspekte der Arbeit. Wenn damit (wesentlich verschärft durch die allgemeine materielle Misere an der Universität) auf Dauer eine Einschränkung oder gar eine Eliminierung der persönlichen wissenschaftlichen Initiative verbunden wäre, würde das jede Kreativität und Forschungsarbeit ersticken. Verschärft wird diese Gefahr durch die zeit- und arbeitsaufwendige intensive Gremienarbeit auf allen Ebenen, die ein Konstituens der Universität Oldenburg und ihres Selbstverständnisses darstellt. Die oben ausführlich dargelegte Stellenknappheit führt somit nicht nur zu einem defizitären, der Studien- und Prüfungsordnung nicht gerecht werden angetan, die unerläßliche wissenschaftliche Forschungsarbeit im FB II auf verhängnisvolle Weise zu beeinflussen.

"Herbart-Tage" in Oldenburg

Vom 4. Mai bis 12. Juni veranstaltet die Universität Oldenburg in Zusammenarbeit mit der Stadt und mit der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft sogenannte "Herbart-Tage" aus Anlaß des 200. Geburtstages des in Oldenburg

gebürtigen Philosophen und Pädagogen. Dabei wollen sich Wissenschaftler aus dem In- und Ausland in einer Vortragsreihe mit der Person Herbarts, mit seiner wissenschaftlichen Bedeutung und seinem sozialgeschichtlichen Wirken auseinandersetzen.

Johann-Friedrich Herbart, am 4. Mai 1776 in Oldenburg als Sohn eines Justiz- und Regierungsrates geboren, besetzte bereits mit 33 Jahren in Königsherg Kants Lehrstuhl für Philosophie. Hier gründete er ein pädagogisches Universitätsseminar und unterhielt auch

ein Pädagogium als praktisches Unterrichtsfeld für sich und seine Studenten. Herbarts Pädagogik gelangte erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu größerer Wirksamkeit. Er galt für Jahrzehnte als Wegbereiter der allgemeinen pädagogischen Systematik und der Lehre vom Unterricht. 1841 starb er in Göttingen, wo er ab 1833 lehrte.

Mit den "Herbart-Tagen" möchte die Universität einen neuen Anstoß zur wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Wirken eines der bedeutendsten deutschen Erziehungswissenschaftler geben.

In einer Ausgabe von "STUDIUM LEHRE FORSCHUNG" wird die Pressestelle der Universität das Programm der "Herbart-Tage" sowie einen Aufsatz zu Leben und Werk von Herbart veröffentlicht.

Droht Schichtarbeit im BIS?

Entgegen den Vorstellungen der Bibliotheksleitung haben die Mitarbeiter des BIS in einem Schreiben an den Rektor vorgeschlagen, die Aufsicht in der Zentralbibliothek in den Abendstunden (bis 22 Uhr) auf freiwilliger Basis unter Einbeziehung aller Hochschulangehörigen zu organisieren. Damit reagierten sie auf einen Brief von Bibliotheksdirektor Dr. Hermann Havekost, der, ohne die Mitarbeiter zu informieren, dem Rektor mitgeteilt hatte, daß jeder Bibliotheksangehörige einmal im Monat bis 22 Uhr Aufsicht führen müsse. In ihrem Brief kritisierten die Mitarbeiter besonders, daß Havekost dem Rektor ein Verfahren vorgeschlagen habe, ohne sich vorher mit der Belegschaft in Verbindung zu setzen. Dies sei deshalb besonders geboten, weil sein Vorschlag eindeutig Abbau sozialer Rechte beinhalte. Weiter heißt es in dem Brief, nur durch ausführliche Information und stärkere Verankerung der Mitwirkungsmöglichkeiten der unmit-

telbar Betroffenen könnten in Zukunft ähnliche Konflikte vermieden werden. Zu dem Konflikt um die neue Arbeitszeitregelung ist es deshalb gekommen, weil wissenschaftliche Hilfskräfte nicht mehr wie bisher die Aufsicht in der Zentralbibliothek in den späten Abendstunden übernehmen dürfen. Nach Auskunft der Verwaltung ist eine solche Regelung aus dienstrechtlichen Gründen nicht möglich.

In einer ersten Stellungnahme hat inzwischen der Personalrat erklärt, er teile die Kritik der BIS-Mitarbeiter. Gleichzeitig stellte er klar, daß er laut Personalvertretungsgesetz in dieser Angelegenheit gehört werden müsse, da hier u.a. die betroffenen Arbeitszeitregelungen außer Kraft gesetzt würden. Dies gelte auch für Havekosta Forderungen, die Ausleihfristen von 8.00-18.00 Uhr zu garantieren. Eine solche Regelung berührt ebenfalls die Bestimmung der gleitenden Arbeitszeit.

Resolution der VV von WiHis und Tutoren

Die Vollversammlung der Tutoren und wissenschaftlichen Hilfskräfte der Carl-von-Ossietzky-Universität protestiert gegen die Auslegung des Bezugserrlasses vom 20.10.1975 und 10.12.1975 durch die neue Landesregierung. Diese Neuinterpretation, die in eindeutigen Widerspruch zum klaren Wortlaut des Bezugserrlasses steht, verhindert, daß alle 163 Stellen für WiHis und Tutoren voll ausgeschöpft werden. Die Halbierung dieser Stellen macht die Durchführung des Universitätsbetriebes für das Sommersemester 1976 unmöglich, da dann eine volle Durchführung von Lehrveranstaltungen und Projekten nicht abgedeckt werden kann. Die Beschneidung der Tutoren- und WiHi-Stellen stellt somit auch einen Eingriff in die inhaltliche und organisatorische Arbeit

der Universität zur Aufrechterhaltung und Abwicklung eines ordnungsgemäßen Studiums dar.

Die VV der Tutoren und WiHis fordert daher:

- Rücknahme der Neuinterpretation des Bezugserrlasses durch die Landesregierung

- Verlängerung und Neuausstellung der Verträge für alle angeforderten Tutoren und WiHi-Stellen bei voller Stundenzahl und Bezahlung

- Rücknahme der Eilentscheidung des Rektors, bei den jetzt abgeschlossenen 3-Monatsverträgen die Verlängerung für die darauf folgenden drei Monate auszuschließen

- Sofortige Beantragung eines Zusatzaushalts für 1976 in Hannover zur Fi-

Verhältnis von Bildung und Arbeitslosigkeit

Zu dem Verhältnis von Bildungs- und Beschäftigungssystem hat der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Helmut Rohde, in einem Pressegespräch zehn Thesen unterbreitet:

- 1.) Die Gefahr, arbeitslos zu werden, nimmt für den Einzelnen mit wachsendem Bildungsstand ab.
- 2.) Jugendliche ohne qualifizierte Ausbildung tragen das höchste Arbeitsplatzrisiko überhaupt.
- 3.) Erwerbspersonen mit abgeschlossener Ausbildung treffen auf ein relativ größeres Stellenangebot als solche ohne Ausbildungsabschluß
- 4.) Ohne solide Erstausbildung wird der Einzelne seine Position auch kaum durch Weiterbildung verbessern.
- 5.) Die Bundesrepublik Deutschland ist als rohstoffarmes Land auf hohe Arbeitsproduktivität und Innovationsfähigkeit, also auch auf hohe Qualifikation ihrer Arbeitskräfte angewiesen.
- 6.) Die geburtenstarken Jahrgänge, die in den kommenden Jahren berufliche Bildung in Betrieben, Schulen und Hochschulen nachfragen, sind nicht Belastung sondern Chance.
- 7.) Der Bildungswille in der Bevölkerung steigt. Eine Politik des Vorhaltens von Bildungschancen wäre gegen die Bedürfnisse der Bevölkerung gerichtet.
- 8.) Eine Politik, die eine kleine Zahl Hochqualifizierter mit einem Heer nicht oder kaum ausgebildeter Arbeitskräfte kombiniert, wäre auch sozial unerträglich.
- 9.) Den vor uns liegenden bildungspolitischen Aufgaben würde eine Politik des Entweder - Oder nicht gerecht.
- 10.) Die starken Jahrgänge der kommenden Jahre haben berechnete Ansprüche auf Ausbildung. Das bedeutet: Volle Nutzung der vorhandenen Kapazitäten und Mobilisierung aller Ausbildungsreserven.

nanzierung aller erforderlichen WiHis und Tutoren, d.h. Umsetzung des Senatsbeschlusses vom 25. Februar 1976 durch den Rektor

- Entwicklung eines Tutorenprogramms und Einbeziehung der Tutoren und WiHis in die Personalstruktur der Uni, sowie die Wiedereinrichtung einer zentralen Stelle zur Koordination des Tutorenprogramms.

Die VV fordert die Gremien und die Studentenschaft auf, die WiHis und Tutoren bei der Durchsetzung dieser Forderungen zu unterstützen. Die Interessenvertretung der WiHis und Tutoren wird aufgefordert, in enger Zusammenarbeit mit dem AstA Aktionen zur Durchsetzung dieser Forderungen einzuleiten.

Kooperation an der Saar

Mit der Unterzeichnung der Kooperationsverträge zwischen der Arbeitskammer und Pädagogischen Hochschule sowie der Fachhochschule des Saarlandes wurde am 12. März in Saarbrücken ein weiteres Modell der Kooperation zwischen Hochschule und Arbeitnehmern ins Leben gerufen. Die Fachhochschule will danach stärker als bisher die Arbeitswirklichkeit und die praktischen Erfahrungen der Arbeitnehmer in ihre Ausbildungs-, Forschungs- und Weiterbildungsvorhaben einbeziehen; die Pädagogische Hochschule und die Arbeitskammer werden einander bei der pädagogischen Beratung und Hilfe für Schü-

ler und Eltern sowie bei den Weiterbildungsmaßnahmen für Betriebsräte unterstützen.

Wie schon anlässlich der Kooperationsvereinbarung zwischen DGB und Universität Oldenburg trat auch jetzt wieder der konservative "Bund Freiheit der Wissenschaft" auf den Plan und drohte, die Verträge auf ihre Verfassungsmäßigkeit hin überprüfen zu lassen. Bedenken äußerte auch die saarländische FDP, die ein Vetorecht des Kultusministeriums gegen "weitere Kooperationsverträge dieser Art" verlangte; im Saarbrücker Kultusministerium hielt man sich mit einer Stellungnahme zurück. jb

FO braucht WiHis

Wie die Forschungsstelle für Auslandsschulwesen (FO) mitteilt, können die dort seit 1968 archivierten Buch- und Materialbestände vorerst nur in begründeten Ausnahmefällen und nach vorheriger Anmeldung zur Benutzung freigegeben werden. Erst nach einer ordnungsgemäßen Titelaufnahme (Verkartung) und Signierung der Bestände sowie nach Umorganisation sämtlicher Materialien der Schulschriftensammlung könne ein geregelter Leihverkehr eingerichtet werden. Zur Ausführung dieser Arbeiten sowie für die Ausgabe und Betreuung der Sammlung fehlten jedoch der FO die dazu erforderlichen und beim Senat bereits beantragten wissenschaftlichen Hilfskräfte. Die Hochschulöffentlichkeit wird aufgerufen, sich für die Forderung der FO einzusetzen, die auch schon vom Kongreß des Verbandes der deutschen Lehrer im Ausland und von der 6. Weiterbildungstagung für Auslandslehrer der GEW unterstützt worden seien. Für Interessenten (auch Lehrer im Kontaktstudium) ist die FO nach Mitteilung ihres Leiters, Prof. Dr. Horst E. Wittig, jeweils am Dienstag nach den Lehrveranstaltungen geöffnet.

25655 unol d

Seit kurzem verfügt die Universität über einen Fernschreiber, den sämtliche Einrichtungen der Hochschule benutzen können. Telex-Nummer: 25655 unol d. Fernschreibformulare dafür liegen im Zentralen Schreibbüro (A 107) aus, wo der Fernschreiber auch steht.

Die Verwaltung macht in diesem Zusammenhang darauf aufmerksam, daß Fernschreiben sehr viel billiger sein können als Telefonate. Dies gilt eingeschränkt auch für Briefe.

Solidarisch mit ÖTV

In einer Resolution solidarisierten sich Hochschullehrer und Angestellte des Höheren Dienstes der Universität mit der Festgeldforderung der ÖTV "135,- DM für alle". In der Begründung stellen die Unterzeichnenden, sämtlich Mitglieder der ÖTV, fest, die Kollegen in den unteren und mittleren Gehaltsgruppen müßten kurzfristig einen Teilausgleich für die Steigerung der Lebenshaltungskosten erhalten. Langfristig müsse verhindert werden, "daß die Abstände zwischen den Lohngruppen so zunehmen wie bisher".

Wahlvorschläge

Für die auf der nächsten Konzilssitzung am 28.4. stattfindende Wahl des stellvertretenden Rektors bitte Bewerbungen und Vorschläge mit Einverständniserklärung bis 13.4., 12 Uhr, an Herrn Sprockhoff.

Vorstand gewählt

Der im vergangenen Monat neugewählte Vertrauensleutekörper der ÖTV-Betriebsgruppe hat auf seiner ersten Sitzung einen neuen Vorstand gewählt, der kollektiv seine Aufgaben wahrnimmt. Gewählt wurden: Bärbel Beier (Planung u. Statistik), Birgit Heuser (FB III-Bibliothek), Marita Rosenow (ZETWA) und Karin Wolf (Pressestelle).

Vertrauensmann für Schwerbehinderte

Gemäß Paragraph 21 des Schwerbehindertengesetzes haben die Schwerbehinderten Hillerich Dorenbusch (Lagerverwalter in den polytechnischen Werkstätten) für vier Jahre zu ihrem Vertrauensmann gewählt. In einer ersten Stellungnahme wies Dorenbusch darauf hin, daß die Universität ihr Pflichtsoll, auf mindestens 6 Prozent der Arbeitsplätze Schwerbehinderte zu beschäftigen, nicht annähernd erfüllt habe.

Aufgespießt

Angeh. Lehrer su. Bekantsch. v. Da. (mögl. Schulratso.) zw. Verbesserung d. Einstellungs-chancen. Sp. Heir. n. ausgeschl. Zuzhr. (o. B.) an BM 1250 NWZ Oldb.
Jg. intell. Mann (23) such nette aufgeschlossene Frau bis ca. 40
Aus: NWZ vom 31.1.76

Terminplan 1976

Der Senat hat folgenden Terminplan für die Einrichtungen und Gremien der Universität Oldenburg beschlossen. Zur laufenden Fortschreibung und Verbesserung des Terminplans werden die Fachbereiche und Organisationseinheiten gebeten, notwendig werdende zusätzliche Termine dem Kanzler mitzuteilen.

APRIL

28.4. Anmeldungen der FBe und ZEn zum Rahmenplan für den Hochschulbau an Abt. 6 (Planung und Statistik)

MAI

26.5. Entscheidung des Senats über Anmeldung der Universität zum Rahmenplan für den Hochschulbau

JUNI

16.6. Anforderung von Mitteln für wiss. Hilfskräfte, Lehraufträge, Gastvorträge durch die FBe bei Abt. 3 (Personalabteilung)

16.6. Anmeldung von Exkursionen für das WS durch die FBe bei Abt. 2 (Haushaltsabteilung)

23.6. Entscheidung des Senats über Mittelverteilung für wiss. Hilfskräfte, Lehraufträge u. Gastvorträge

25.6. Abgabe der Formblätter für das Veransth.Verzeichnis durch die FBe bei Abt. 4 (Akad.Verwaltung)

SEPTEMBER

1.9. Entscheidung der FBe und ZEn über Haushaltsanmeldungen

1.9. Entscheidung der FBe über Anträge auf Forschungsförderung aus Lottomitteln

15.9. Stellungnahme des Senats zu Anträgen auf Forschungsförderung aus Lottomitteln

30.9. Abgabe der Haushaltsanmeldungen der FBe und bei Abt. 2 (Haushaltsabteilung)

30.9. Anmeldungen der FBe, ZEn für Großgeräte an Abt. 6 (Planung und Statistik)

OKTOBER

15.10. Entscheidung des Senats über Großgeräteanmeldung zum Rahmenplan für den Hochschulbau

31.10. Meldung eingegangener Verbindlichkeiten aus zugewiesenen Mitteln zur Restverteilung

NOVEMBER

15.11. Entscheidung des Verw.Ausschusses/Senats über Restverteilung nicht gebundener Haushaltsmittel

DEZEMBER

8.12. Ablieferung aller Rechnungen (sachlich richtig gezeichnet) bei der Haushaltsabteilung zur Vorbereitung des Kassenabschlusses